

Vorlage Stadtparlament

Datum	29. Juni 2021
Beschluss Nr.	665
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Nadine Niederhauser: Zunahme häusliche Gewalt auch in der Stadt St.Gallen; Beantwortung

Am 1. Mai 2021 reichte Nadine Niederhauser die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Zunahme häusliche Gewalt auch in der Stadt St.Gallen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

2020 sind im Kanton St.Gallen die Polizeiiinterventionen im häuslichen Bereich gemäss der Koordinationsstelle Häusliche Gewalt erstmals seit zehn Jahren angestiegen¹. Mussten Kantons- und Stadtpolizei 2019 insgesamt 1'044 Mal zu Familien ausrücken, waren es im letzten Jahr 1'185 Polizeieinsätze (+13.5 %)². Auch die spezialisierten Beratungsstellen und das Frauenhaus melden eine stärkere Auslastung. In der Stadt St.Gallen gingen die Einsätze 2020 (171) im Vergleich zum Vorjahr zurück (206; -17%), wobei die Dunkelziffer als hoch eingeschätzt wird.

Werden die Monate Januar bis April 2021 mit den Monaten vom Vorjahr verglichen, ist eine leichte Zunahme der Fälle zu erkennen. Waren es in diesen vier Monaten 2020 total 55 Interventionen (davon 29 StGB-Fälle), so sind es im laufenden Jahr bereits 61 Interventionen (davon 33 StGB-Fälle).

2 Beantwortung der Fragen

1. *Welche Massnahmen werden ergriffen, um in Anbetracht der aktuellen Entwicklung möglichst viele Personen vor häuslicher Gewalt zu schützen?*

Am 1. Juli 2020 traten im Polizeigesetz neue Bestimmungen in Kraft. Dadurch hat die Polizei die Möglichkeit, nebst den bisherigen Wegweisungen auch polizeiliche Anordnungen (Rayon-, Kontakt- und Annäherungsverbot) bei häuslicher Gewalt und Stalking zu erlassen. Zudem wurde die Dauer der Massnahmen von bisher 10 auf 14 Tage erweitert. Fälle häuslicher Gewalt werden zudem vermehrt im Bedrohungs- und Risikomanagement (BRM) analysiert. Bei Bedarf werden Gefährder- und / oder Gefährdeten-Ansprachen durchgeführt. Durch den Fachdienst der Stadtpolizei werden alle Fälle von

¹ S. [Medienmitteilung vom 24. März 2021](#).

² S. [Statistik Häusliche Gewalt 2018-2020](#); Hrsg: Koordinationsstelle Häusliche Gewalt Kanton St.Gallen.

häuslicher Gewalt überprüft und bei Bedarf mit KESB, Opferhilfe, Bewährungshilfe usw. Kontakt aufgenommen, um den Opfern bestmöglichen Schutz zu gewährleisten.

2. Welches sind die ersten Anlaufstellen für betroffene Personen?

Die Koordinationsstelle Häusliche Gewalt des Kantons St.Gallen listet in ihrem Flyer «Stopp Stalking und Häusliche Gewalt»³ verschiedene Anlaufstellen auf. Betroffenen wird geraten, sich im Notfall an die Polizei (117) zu wenden oder Anzeige beim nächsten Polizeiposten zu erstatten. Weitere Anlaufstellen sind die Opferhilfe SG – AR – AI, das Frauenhaus und das Kinderschutzzentrum. Hinzu kommen diverse Beratungsstellen, die Hilfe und Unterstützung anbieten.

3. Wie wird ein möglichst niederschwelliger Zugang zu Hilfsangeboten garantiert?

Bei jeder Intervention im häuslichen Bereich werden den Beteiligten die Beratungen der Opferhilfe wie der Gewaltberatung des Kantons St.Gallen (Bewährungshilfe) erklärt. Die Beteiligten haben die Möglichkeit, mittels Unterschrift ihre Kontaktangaben via Polizei an die entsprechende Beratungsstelle weiterleiten zu lassen. Letztgenannte nehmen in der Folge umgehend Kontakt mit den Beteiligten auf. Bei einer Wegweisung / polizeilichen Anordnung werden neu (gemäss Polizeigesetz) die Kontaktangaben der gewaltausübenden sowie der gewaltbetroffenen Person auch ohne Einwilligung der entsprechenden Beratungsstelle zugestellt. Bei minderjährigen betroffenen Personen werden auch jeweils die mögliche Beratung des Kinderschutzzentrums (Abteilung Beratung; ehemals In Via) erklärt. Auch hier werden bei Bedarf die Kontaktangaben via Polizei an die Beratungsstelle weitergeleitet. Zudem wird durch die Polizisten resp. Polizistinnen jeweils geprüft, ob eine Unterbringung im Frauenhaus angezeigt wäre. Dies ebenfalls immer in Absprache mit den Geschädigten. Bei gewaltbetroffenen Minderjährigen besteht im Notfall auch die Möglichkeit, einen Platz im NUK (Notunterkunft für Kinder und Jugendliche) oder im Tempelacker (für Kinder unter sechs Jahren) in Anspruch zu nehmen.

4. Werden vorhandene Angebote ausgebaut?

Durch die SODK (Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren) wird geprüft, ob eine schweizweit einheitliche Telefonnummer für Opferhilfe möglich wäre. Wie und inwiefern eine 24-Stunden-Abdeckung umsetzbar ist, ist derzeit in Abklärung.

5. Gibt es in der Stadt eine Beratungstelefonnummer, die Opfern rund um die Uhr Hilfe gewährleistet?

Eine 24-Stunden-Hotline spezifisch für häusliche Gewalt gibt es in St.Gallen nicht. Polizei, Sanität, Frauenhaus, das Kantonsspital St.Gallen (Soforthilfe nach sexueller Gewalt) sowie die Notunterkunft für Kinder und Jugendliche (NUK) sind rund um die Uhr erreichbar und mit dem Thema vertraut. Ebenfalls rund um die Uhr erreichbar ist die Dargebotene Hand (Telefon 143).

6. Wie war/ ist die Auslastung im Frauenhaus St.Gallen?

Wie die statistischen Zahlen der letzten drei Jahre zeigen, hat die Zahl der Frauen, welche im Frauenhaus Schutz, Unterkunft und Begleitung fanden, zugenommen. Waren es im Jahre 2018 insgesamt 79 Frauen, so ist diese Anzahl im Jahr 2020 auf 93 angestiegen. Auffällig ist auch, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die zusammen mit ihren Müttern Schutz im Frauenhaus fanden, angestiegen ist – von 81 Kindern und Jugendlichen im Jahr 2018 auf 110 Kinder und Jugendliche im Jahr 2020. Im Jahr 2020 war das Frauenhaus zu 105.65 Prozent ausgelastet. In den vergangenen drei Jahren

³ S. [Flyer «Stopp Stalking und Häusliche Gewalt»](#).

mussten Frauen und Kinder aufgrund der Vollbelegung an ein anderes Frauenhaus weitergeleitet werden.⁴ Ebenfalls wurde in diesen drei Jahren ein markanter Anstieg der telefonischen und elektronischen Beratungen festgestellt. Die Zahlen des laufenden Jahres wurden gemäss Auskunft des Frauenhauses noch nicht ausgewertet, man sei aber nach wie vor stark ausgelastet.

7. Wie ist die Auslastung im Kinderschutzzentrum? Hat sich diese im letzten Jahr verändert?

Gemäss Auskunft des Kinderschutzzentrums sind die Zahlen der Opferhilfe-Fälle monatlich schwankend. Dabei ist jedoch in den letzten Jahren ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Lag über einem Zeitraum von 18 Jahren der Monatsdurchschnitt bei rund 27 Fällen, so zeigten die letzten fünf Jahre einen Durchschnitt von 34 Fällen pro Monat. In den Jahren 2019 und 2020 stieg die durchschnittliche Zahl der Fälle auf monatlich 37 Fälle (2019) und 44 Fälle (2020) an. In den ersten vier Monaten des Jahres 2021 lag der monatliche Durchschnitt bei 35 Fällen. Bei auffällig vielen Fällen ist primär die psychische Situation beim Opfer und der Familie ein Thema, was oft die Opferhilfe-Thematik überlagert (Suizidalität, Angstzustände, Depressionen). Deutlich häufiger wird manifeste Gewalt festgestellt, d.h. es handelt sich nicht um Verdachtsfälle, sondern um den Fakt der Gewalt als Ausgangslage. Vermehrt geht es auch um schwere Delikte. Es braucht öfter Krisenintervention.

8. Haben die Fälle bei der KESB vergangenes Jahr und im laufenden Jahr zugenommen?

Die KESB hatte sowohl im vergangenen als auch im laufenden Jahr eine Zunahme an Meldungen zu verzeichnen. Bei den Meldungen an die KESB lässt sich nicht ohne Weiteres erkennen, ob es sich um häusliche Gewalt handelt, weil dies nicht separat erfasst wird. Ob es eine Zunahme an Meldungen aufgrund häuslicher Gewalt gab, kann deshalb nicht gesagt werden. Subjektiv ist ein zunehmender Bedarf an behördlicher Intervention in den Bereichen Schulabsentismus und Persönlicher Verkehr (Begriff gemäss ZGB 273; gemeint ist Besuchsrecht) spürbar. Überforderung im häuslichen Umfeld sowie soziale Isolation scheinen in den vergangenen Monaten zugenommen zu haben.

*9. Wie geht die Stadtpolizei mit dieser sich verändernden Situation um? Werden die Polizeibeamten*innen vermehrt geschult/sensibilisiert?*

Jede erfolgte Intervention im häuslichen Bereich wird durch den Fachdienst der Stadtpolizei überprüft, falls nötig justiert und mit den vor Ort anwesenden Polizistinnen resp. Polizisten besprochen. Der Fachdienst ist Ansprechpartner bei allfälligen Fragen der Frontmitarbeitenden. Zudem werden mehrmals jährlich Fachrapporte durchgeführt, in welchen auch die Thematik «häusliche Gewalt» besprochen wird.

10. Ein in der Roadmap formuliertes Handlungsfeld ist der Einsatz von technischen Mitteln, unter anderem eines Notfallknopfs zum Opferschutz in Hochrisikofällen. Dazu soll ein Pilotprojekt geplant werden. Kann sich der Stadtrat vorstellen, bei diesem Pilotprojekt teilzunehmen?

Sollte sich der Kanton St.Gallen zur Teilnahme an einem Pilotprojekt entschliessen, müsste überprüft werden, ob die Stadtpolizei integriert werden kann, um gemeinsame Fälle auf Stadtgebiet zu betreuen. Zurzeit besteht eine Arbeitsgruppe der kantonalen Verwaltung (darunter Bewährungshilfe, Kapo usw.), welche die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Durchführung von sogenanntem electronic monitoring («elektronische Überwachung») prüft.

⁴ Kanton St.Gallen, Koordinationsstelle Häusliche Gewalt [«Beilage zur Medienmitteilung Statistik Häusliche Gewalt 2020»](#), März 2021.

11. Wie ist die Stadt St. Gallen in der kantonalen Koordinationsstelle häusliche Gewalt vertreten?

Die Sensibilisierung und Information von Fachpersonen und der Bevölkerung wird zur Hauptsache durch die beim Kanton angesiedelte Koordinationsstelle Häusliche Gewalt durchgeführt. Die Koordinationsstelle Häusliche Gewalt ist verantwortlich für die Runden Tische zu häuslicher Gewalt. Sie verfolgt die Ziele der Stabilisierung und Weiterentwicklung der Massnahmen gegen häusliche Gewalt mit dem Zweck, diese zu stoppen, Opfer zu schützen und Täter zur Verantwortung zu ziehen. Mitglieder der Runden Tische sind nebst kantonalen und privaten Institutionen die KESB Region St.Gallen, die Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen und die Stadtpolizei.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Einfache Anfrage vom 1. Mai 2021